

## »Freedom Flotilla two« gescheitert?

Von Ludwig Watzal

**D**ie Organisatoren der zweiten »Freedom Flotilla«, die die völkerrechtswidrige israelische Blockade des Gazastreifens mit ihrer Aktion durchbrechen und damit Israels illegitimen Anspruch als Besatzungsmacht vor aller Welt offenlegen wollten, sind an den machtpolitischen Realitäten in den internationalen Beziehungen formal zwar gescheitert, da die FriedensaktivistInnen aus den griechischen Häfen mit ihren Schiffen nicht auslaufen konnten, doch in der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit war es wieder nur ein weiterer Pyrrhussieg Israels.

Im Vergleich zur ersten militärischen Aggression Israels in internationalen Gewässern vor einem Jahr, für die die Verantwortlichen immer noch ihrer Anklage harren, können sich die Politiker der rechtszionistisch-nationalistischen Regierung in Israel erst einmal auf die Schenkel klopfen und die Sektkorken knallen lassen. Ihre Anti-Freedom-Flotilla-Propaganda und Desinformationskampagne hat Fürchte getragen, auch was die »Fly-in-Aktion« von Friedensaktivisten auf Einladung von palästinensischen NGOs nach Israel und in die besetzten palästinensischen Gebiete betrifft. Die israelische Regierung hat »Schwarze Listen« an diverse Fluggesellschaften verschickt, damit diese unbescholtene Bürger, die von der rechtszionistisch-nationalistischen Netanyahu-Regierung inkriminiert worden sind, nicht nach Israel transportieren, weil die Beschuldigten dann auf Kosten der Airlines umgehend wieder zurückgeschickt werden würden. Diese Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht, und alle Fluglinien knickten vor der Macht dieser Regierung ein. Diejenigen, die dennoch am Ben-Gurion-Flughafen landeten, wurden einem Selektionsprozess unterzogen; einigen gelang die Einreise nach Israel, sodass sie auch die besetzten Gebiete erreichen konnten; die anderen wurden in Abschiebehaf genommen.

Die »Drecksarbeit« zur Verhinderung der »Freedom Flotilla« hat dieses Mal die

griechische Regierung übernommen; eine Regierung, die eigentlich bankrott ist und über keinerlei wirkliche Souveränität mehr verfügt, da sie am finanziellen Tropf der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds hängt. Einen willfährigeren Partner hätten sich die Israelis und ihr gehorsamer Bündnispartner, das US-Imperium, sowie dessen Appendix, die Europäische Union, gar nicht wünschen können. Den Image-Schaden haben dieses Mal die Griechen. Aber was interessiert einen politisch »Ertrinkenden« noch sein Image? Vielleicht hat tatsächlich die Hollywood-Kreation »James Bond« die diversen Sabotageakte an einigen Schiffen verübt, oder waren es Kampfschwimmer des »souveränen« Griechenland oder des grenzenlosen Israel? Dies

---

»Die 'Drecksarbeit' zur Verhinderung der 'Freedom Flotilla' hat dieses Mal die griechische Regierung übernommen.«

---

alles lässt sich im Augenblick noch nicht aufklären. Zu sehr dürften die kriminellen und obskuren Geheimdienste und deren Regierungen involviert gewesen sein. Dass die griechische Regierung gegen Völkerrecht verstößt, steht für den renommierten US-Völkerrechtler Richard Falk außer Frage. »Griechenland hat nicht das Recht, ausländisch beflaggte Schiffe in seinen Häfen festzuhalten, außer zur Sicherstellung der Seetüchtigkeit mittels zeitgerechter Inspektion. Und es darf bei einer friedlichen Durchfahrt durch seine Hoheitsgewässer nicht eingreifen; und diese Durchfahrt ist definitiv eine friedliche Durchfahrt.«

Keines der Schiffe ist auch nur in die Nähe des Gazastreifens gelangt. Dafür hat schon die griechische Marionettenregierung gesorgt. Doch schon planen die Friedensaktivisten eine »Freedom Flotilla 3«. Die israelische Regierung wird ihr Besatzungsgebiet vor der Weltöffentlichkeit nicht los, solange diese über 44 Jahre andauernde, völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas aufrechterhalten wird. Politisch viel wichtiger ist, dass die Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention allesamt verpflichtet sind, gegen die Verstöße der ebenfalls unterzeichnet habenden israelischen Besatzungsmacht mit allen Mitteln vorzugehen und diese Verstöße zu ahnden. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass alle Staaten, insbesondere die demokratischen, die sich den sogenannten westlichen Werten verpflichtet fühlen, Israels permanente Menschen- und Völkerrechtsverstöße durchgehen lassen. Auch hier muss die internationale Solidaritätsbewegung ansetzen, den eigenen Staaten ihre doppelten Standards immer wieder vor Augen führen und der Weltöffentlichkeit die Illegalität des israelischen Besatzungsregimes aufzeigen. Man kann nicht nur die circa 1 400 Toten in Syrien beklagen und zu den 1 400 Toten beim israelischen Massaker im Gazastreifen von 2008/ 09 schweigen. Es bedarf des politischen Drucks auf die Palästinensische Autonomiebehörde, endlich den »Goldstone-Bericht« vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, damit dieser Israels völkerrechtswidriges Verhalten verurteilt.

Politisch viel wichtiger ist jedoch, dass die Verantwortlichen der israelischen Armee, die für die militärische Aggression in internationalen Gewässern und die Tötung der Aktivisten auf der »Mavi Marmara« vom 31. Mai 2010 die Verantwortung tragen, vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden. Bei dieser völkerrechtswidrigen Aktion sind acht türkische Staatsbürger sowie ein türkischstämmiger US-Amerikaner getötet worden; vier von neun wur-

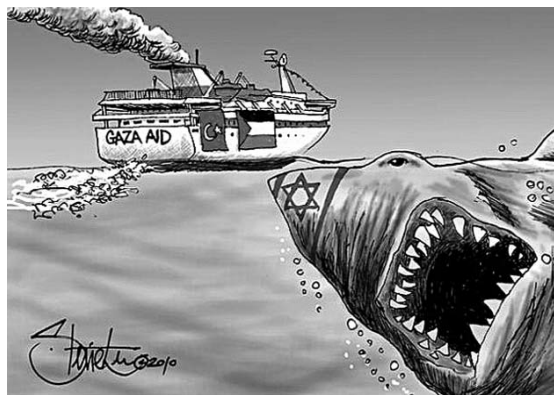
den regelrecht hingerichtet, das heißt, sie wurden von hinten in den Kopf und in den Brustbereich geschossen.

Der UN-Menschenrechtsrat beauftragte eine internationale Untersuchungskommission damit, die Vorgänge bei der Kaperung des Schiffes zu untersuchen. Das Ergebnis wurde auf Deutsch im Melzer Verlag veröffentlicht. Auch Israel, das immer um sein schlechtes Image besorgt sein muss, setzte eine Kommission ein, die von dem ehemaligen Richter am Obersten Gerichtshof Israels, Jacob Turkel, geleitet wurde. Deren Bericht stellte eine »Reinwäsche« der Taten dar, wie es Amnesty International genannt hat. Die Turkel-Kommission bestätigte die »Rechtmäßigkeit« des Vorgehens, was niemanden verwunderte. Der Untersuchungsbericht dieser Kommission bestätigte aber auch alle bisherigen Vermutungen, dass nämlich die jeweiligen israelischen Regierungen kein wirkliches Interesse an einer Aufklärung von Verstößen der israelischen Streitkräfte gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte haben, und diese »Rechtmäßigkeit« wird dann noch von sogenannten unabhängigen Kommissionen bestätigt.

Da eine neutrale Aufarbeitung der israelischen Aggression gegen die Teilnehmer der »Mavi Marmara« bisher nicht geleistet sowie eine Anklage der Schuldigen am Tod der acht Türken und eines US-Amerikaners immer noch nicht der nationalen Gerichtsbarkeit in Israel zugeführt worden sind, und darüber hinaus in Zukunft auch keine angemessene Strafverfolgung zu erwarten ist, sollten Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft wie Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem oder das Palästinensische Menschenrechtszentrum (PCHR) einen Strafantrag beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag stellen, das heißt, die Strafverfolgungsbehörden müssten um die Einleitung von Ermittlungen ersucht werden. Diese Ermittlungen müssen feststellen, ob ein Delikt begangen wurde und wer zuständig ist. Erst dann kann Anklage erhoben werden, denn der betroffene Staat – in diesem Fall

Israel – ist nicht bereit, ein seriöses Strafverfahren einzuleiten.

Seit dem 1. Januar 2011 gilt das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in 114 Staaten. Darüber hinaus haben 34 Staaten den Vertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Ihre Unterschrift zurückgezogen haben die USA, Israel und der Sudan! Die Staaten, die ihn ebenfalls nicht ratifiziert haben, bilden eine illustre Gesellschaft, in der sich die USA und Israel sicherlich wohlfühlen dürften: Russland, China, Indien, Iran, Irak, Kuba, Nordkorea, Pakistan, Syrien, Saudi-Arabien und die Türkei. Als härtester Gegner gegen den Internationalen Strafgerichtshof gelten jedoch die



Keine Angst: Das ist nur Selbstverteidigung!

USA, was nicht verwunderlich ist, da doch dieses Land in den letzten Jahrzehnten die größten Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit begeht, wie in Irak, Afghanistan, Libyen, Sudan, Somalia und Jemen für jeden politisch Aufgeklärten evident ist. Auch Israel, Russland, China, Iran, Irak und Sudan bekämpfen den Internationalen Strafgerichtshof auf das Heftigste. Diese Länder wissen wohl selbst am besten, warum.

Nur wenige politisch weitsichtige israelische Kommentatoren haben erkannt, dass die israelische Regierung sich zum wiederholten Male ein Eigentor geschossen hat. Die sogenannte »einzige Demokratie des Nahen Ostens«, die sich selbst als »jüdisch und demokratisch« klassifiziert – ein Oxymoron, das jedem wirklichen Demokraten eine Gänsehaut bereitet –, tut

alles, um sich auch noch um den letzten Rest ihres Images zu bringen. Aber was interessiert das eine Regierung, die davon überzeugt ist, »dass die ganze Welt gegen uns ist« und »uns vernichten will«, gleichgültig, wie uneigennützig und edel sie auch handle – eine solche Regierung hat in der Tat mehr als nur ein psychisches Problem. Uri Avnery hat seiner eigenen Gesellschaft »Paranoia« bescheinigt. Dieser Diagnose eines weitsichtigen Israeli sollte kein Goy widersprechen. Kurieren könnte man sie nur, wenn die Palästinenser entweder kollektiv auswanderten, sich zum Zionismus bekehrten oder die internationale Staatengemeinschaft ein grenzenloses Israel völkerrechtlich anerkennen würde, damit sich der zionistische Traum endlich erfüllen möge. Da all dies nur hypothetische Annahmen sind, muss die brutale israelische Besatzungsrealität weiter mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Oder sollte man den Ratschlag des leider zu früh verstorbenen israelischen Soziologen Baruch Kimmerling beherzigen, der den Palästinensern Widerstand gegen das israelische Besatzungsregime »mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln« empfahl?

Das vorzeitige »Scheitern« der »Freedom Flotilla two« darf die internationale Zivilgesellschaft und die internationale Solidaritätsbewegung nicht entmutigen. Israels permanente Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte des kolonisierten palästinensischen Volkes sowie die systematische Zerstörung ihrer kulturellen Wurzeln in ihrem Heimatland sollten jeden Demokraten zum Protest nicht nur gegen die israelische Regierungspolitik, sondern auch gegen die eigene Regierung motivieren, falls diese dazu schweigt oder die Taten Israels unter dem Mäntelchen einer wie auch immer begründeten Staatsräson zu kaschieren sucht. Als oberstes Gebot eines jeden mündigen und kritischen Bürgers gilt, sein Wort gegen jegliches Unrecht zu erheben, egal in welchem Staat es geschieht oder von welcher Regierung es auch begangen wird. Vor diesem demokratischen Anspruch genießt selbst der Staat Israel keinerlei politische Immunität.